Nr. 13. Mittwoch, 16. Januar. 1901

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,20 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 62 Pf. Sprechstunden der Redaktion 1–12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. rc. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co. Emil Kreidner.

Inseratenpr. für 1spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Die Socialpolitik der Zukunft.

Titel 1. Staatssecretär im Reichsamt des Innern — das ist die Stelle, an welcher die Socialpolitik zur Erörterung kommt. Der Reichstag giebt sich Rechenschaft über alles, was zur Hebung der unteren Gesellschaftsklassen geschehen ist und künftig zu geschehen hat. Daß dabei mehr Kritik als Anerkennung laut wird, liegt im Wesen der menschlichen Natur, die das nicht schätzt, was sie besitzt. Doch ob Dank damit geerntet wird oder nicht, thatsächlich hat Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten an Fürsorge für die Arbeiter sehr viel geleistet. Sowohl die Versicherung für die Tage der Erwerbsunfähigkeit als auch der Schutz während der Dauer der Arbeit ist eingeführt und ausgebaut, der Ausbeutung sind Schranken gezogen, die Kinder von der Fabrikarbeit befreit, die Mädchen und Frauen gegen ein Uebermaß von Anstrengung sicher gestellt.

Allerdings sind wir damit noch nicht am Ende des zu durchmessenden Weges angelangt, sondern allerhöchstens auf der Mitte. Die Zukunft empfängt aus der Hand der Gegenwart eine Fülle ungelöster Aufgaben und wird zu ihrer Bewältigung ein hohes Maß von Kraft und gutem Willen nöthig haben. Zunächst sind die Mängel abzustellen, die sich bei den bisher erlassenen Gesetzen in der Praxis zeigten. Das Krankenkassengesetz bedarf der Verbesserung in mehrfacher Hinsicht, insbesondere auch mit Bezug auf das Element der Selbstverwaltung, das schon deshalb zu verstärken ist, weil sich andernfalls bei dem nun einmal gewählten System der Verstaatlichung die ganze Kraft der Arbeiterschaft auf Streik und Klassenkampf concentriren würde. Alle drei Versicherungszweige zusammengenommen sind so lange nicht ausreichend, als nicht die Wittwen- und Waisenversorgung hinzugetreten ist, die der Reichstag bereits gefordert und die Regierung in Aussicht gestellt hat. Das Gewerbegericht erfreut sich einer zunehmenden Sympathie und hat auch als Einigungsamt in letzter Zeit geradezu glänzende Erfolge aufzuweisen. Gerade deshalb ist darauf Bedacht zu nehmen, daß es wenigstens für Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch wird, freilich nicht zugleich, wie die Socialdemokratie in übel angebrachtem Radicalismus vorschlägt, für Landorte, welche nicht einmal das zur Besetzung erforderliche Menschenmaterial stellen. Die Zuständigkeit kann ausgedehnt, der Verhandlungszwang mit scharfen Strafen dagegen nicht als zweckdienlich erachtet werden.

Die Fabrikinspection macht unter dem Einfluß der eifrigen Kritik, der sie Jahr für Jahr ausgesetzt ist, Fortschritte. Das Personal wächst und mit ihm die Zahl der Besichtigungen. Wenn künftig auch noch die Dienstanweisungen mehr von socialem Geist in sich aufnehmen, und die Rechtsprechung sich von der Rückständigkeit losmacht, in der sie gerade gegenüber dem Arbeitsverhältniß vielfach noch befangen ist, dann wird die deutsche Gewerbeaufsicht den Vergleich mit der ausländischen kaum noch zu scheuen brauchen. Am besten unterstellt man, da der Erlaß der Arbeitergesetze Reichssache ist, auch die Ueberwachung ihrer Durchführung dem Reiche. Die daraus für das Reichsamt des Innern entstehende Mehrbelastung würde sich zum Theil durch Schaffung eines Reichsarbeitsamtes ausgleichen lassen, die auch durch andere Rücksichten geboten erscheint.

Die bedeutsamsten und zugleich schwierigsten Probleme, deren vollkommene Lösung möglicherweise die jetzige Generation der Politiker nicht mehr erlebt, sind die Wohnungsfrage und die Arbeitslosenversicherung. Den sittlichen Werth der Regelung des Wohnungswesens giebt jeder zu; denn jeder hat es empfunden, wie eng die Art und Ausstattung der Räume, in denen die Familie sich aufhält, mit dem Familiensinn zusammenhängt. Doch über die Mittel, durch welche der allseitig angestrebte Zweck erreicht werden könnte, gehen die Meinungen weit auseinander. Man hat einen nach der Zahl der Bewohner festzusetzenden Luftraum in Vorschlag gebracht; doch das Luftbedürfniß ist nach Stadt und Land überaus verschieden. Man spricht von Wohnungsinspectoren, doch jede allzu weit bemessene Befugniß bringt Gefahr. Man fordert die Gemeinden zum Bau von billigen Häusern auf und regt damit die privaten Hausbesitzer zum Widerspruch an, die ein Sinken ihrer Miethen und damit eine Entwerthung ihres Eigenthums befürchten. Und wenn trotz aller entgegenstehenden Bedenken reichs- oder landesgesetzliche Bestimmungen getroffen werden, was wird aus den vorhandenen Räumen, die ihnen nicht entsprechen, was aus den Miethern, welche bestimmungsgemäße Wohnungen nicht finden? Kurz, wohin man blickt, sind Schwierigkeiten. Jedenfalls wird es sehr interessant sein, zu verfolgen, inwieweit die demnächst zu erwartende Parlamentsdebatte Winke giebt, wie diesen Schwierigkeiten zu begegnen ist.

Die Arbeitslosenversicherung würde das sociale Versicherungsgebäude würdig krönen; wenn es nur so leicht wäre, die Krönung anzubringen. Der Staat ist hierfür nicht der geeignete Träger, das gestehen selbst die kühnsten Staatssocialisten zu. Die Arbeitervereine aber, welche nun schon seit mehr als drei Jahrzehnten die rechtliche Möglichkeit dazu besaßen, haben davon nur einen verhältnißmäßig geringfügigen Gebrauch gemacht. Vielleicht kann hier die Gemeinde als Zwischenglied eintreten, die sowohl hinsichtlich der von ihr direct beschäftigten als der in ihrem Weichbild angesessenen Arbeiter ein Interesse an der Versorgung für die Zeit des Arbeitsmangels hat. Aber nach der jetzigen Rechtslage fehlt ihr die Befugniß, den Beitritts- und Beitragszwang zu proclamiren. Das Reich müßte also Normativvorschriften erlassen, deren Erfüllung die Voraussetzung für die Errichtung einer obligatorischen Gemeindeversorgungskasse wäre. Solche Vorschriften sind indeß um so schwieriger, als es an genügenden Erfahrungen fehlt, auf welche man sich stützen könnte. Ist endlich die Normativvorschrift und die Kasse fertig, dann functionirt der Apparat nicht immer zur Zufriedenheit; der Meinungsstreit über das, was unverschuldete Arbeitslosigkeit und was angemessene Beschäftigung ist, die man dem arbeitslos Gewordenen zuvor anbieten muß, ehe er die Unterstützung empfängt, hört nicht mehr auf. Und doch muß der Versuch gemacht werden, die Hindernisse zu beseitigen. Das Ziel ist zu lockend, als daß man unterlassen dürfte, ihm zuzustreben. Ein Theil der Frage wäre erledigt, wenn überall Arbeitsnachweise, möglichst auf paritätischer Grundlage, beständen; doch eben nur ein Theil. Für den Arbeitswilligen, der keine Arbeit findet, bleibt allein die Versicherung übrig.

Aber alle staatliche oder communale Socialreform wäre Stückwerk, wenn man nicht zugleich das uneingeschränkte Coalitionsrecht gewährte. Kräfte vereinigen heißt Kräfte steigern. Die Gelegenheit hierzu darf weder Arbeitgebern noch Arbeitnehmern verkürzt werden. Was von der Freiheit, sich zur Verbesserung der Lage zu verbinden, vorhanden ist, hat man zu schützen, was daran fehlt, hinzuzufügen. Die von den Liberalen auch in dieser Session eingebrachten Initiativanträge betreffend gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine und Abänderung des § 152 der Gewerbeordnung bezeichnen die Stellen, an denen der Hebel anzusetzen ist.

Daß auch in der Ausgestaltung des Schulwesens, der Volkshygiene und des Zolltarifs socialpolitische Momente liegen, ist selbstverständlich. Man kann nur wünschen, daß das Verständniß hierfür in immer weitere Kreise dringt.

Reichstag.

Berlin, 14. Januar.

Im Reichstage wurde beim **Etat des Reichsamts des Innern** die socialpolitische Debatte fortgesetzt.

Abg. **Hitze** (Centr.) bedauert die **12 000 Mk.-Affaire**, bittet aber, sie nun ruhen zu lassen. Jedenfalls könne aber von einem System der Abhängigkeit des Reichsamts des Innern von den Industriellen keine Rede sein.

Abg. **Hoch** (Soc.) bemängelt unter anderem die Handhabung der Gewerbeaufsicht.

Dem gegenüber betont Staatssecretär Graf **Posadowsky**, es sei den Gewerbeinspectoren nicht verboten, mit Arbeiterorganisationen zu verkehren, sondern nur, denselben einen amtlichen Bescheid zu ertheilen, weil dadurch die Arbeiterorganisationen sich als quasi amtliche Instanz zwischen die Arbeiter und die Gewerbeaufsichtsbeamten schieben.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) beschwert sich über die Art der Eintragung polnischer Familiennamen in amtliche Register und über die Kassirung polnischer Wahlstimmzettel.

Es sprechen noch die Abgg. **Müller-Meiningen** (freis. Volksp.), **Horn-Sachsen** (Soc.), **Rösicke-Kaiserslautern** (b. k. F.). **Morgen: Duellinterpellation.**

Berlin, 15. Jan. Die vom Centrumsabg. Trimborn begründete **Duellinterpellation** beantwortete der **Kriegsminister** dahin, daß er dem Abg. Trimborn, als ihm derselbe bei Eröffnung des Reichstages privatim den Sachverhalt mittheilte, erwidert habe, daß er die Befragung der Offiziersaspiranten über ihre Stellung zum Duell für unzulässig halte, weil sie gegen die allerhöchsten Befehle verstoße. Er habe Herrn Trimborn gerathen, beim Commando des 8. Armeecorps eine Beschwerde einzureichen. Das Commando habe die Beschwerde auch für gerechtfertigt erklärt und die Vernichtung der Acten über das Inquisitorium angeordnet. Im übrigen stellte sich der Kriegsminister bezüglich der Nichtwahl der betreffenden Offiziers-Aspiranten lediglich auf den formellen Standpunkt. Die Kriegsverwaltung habe keine Veranlassung, der Sache näher zu treten.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 14. Januar.

(Fortsetzung.)

Abg. **Richter** (freis. Volksp.) bekämpft die Finanzpolitik der Regierung. Es werde nur thesaurirt. Er halte es für falsch, die Zukunft zu begünstigen auf Kosten der Gegenwart. Weiter kommt Redner auf den Krach der Hypothekenbanken, die Reformirung der Criminalpolizei, die Theatercensur etc. zu sprechen und verlangt Regelung der Schulunterhaltungspflicht. Redner erklärt die Ansiedlungspolitik für bankerott. Er hat die Ueberzeugung, daß die Kanalvorlage nicht werde abgelehnt werden.

Finanzminister **v. Miquel** vertheidigt seine Finanzpolitik und versichert, stets für die Kanalvorlage entschieden eingetreten zu sein. Er legt Verwahrung dagegen ein, daß die Bewilligung derselben durch Schiebungen ermöglicht werden solle.

Minister **Rheinbaben erklärt**, er erfahre von den Censurverboten erst, wenn sie erlassen seien. Er sei kein Böotier dritter Ordnung, er halte vielmehr die dramatische Kunst für ein Bildungsmittel ersten Ranges, weise aber die Afterkunst ab und wolle die jugendlichen Gemüther nicht vergiften. Wenn Schiller heute aufstände, würde er sich vielleicht für ihn und nicht für Herrn Richter erklären. Ein Stück wie „Die Dame von Maxim" verletze jedes moralische Gefühl. Der sogenannte „Spreepräfect" werde Berlin recht dienlich sein angesichts der traurigen Verhältnisse der Militäranwärter in der Berliner Verwaltung und des Fehlens jeglicher Fürsorge für die unteren Bevölkerungsschichten. Die geplante Reform der Criminalpolizei werde hoffentlich die zu Tage getretenen Uebelstände beseitigen.

Nach anderthalbstündiger Rede des Abg. **Sattler** (nat.-lib.) wird die Weiterberathung auf morgen vertagt.

Politische Tagesschau.

Danzig, 15. Januar.

Verschiedene Anschauungen bei den Socialdemokraten.

Auf der Dezember-Conferenz der socialdemokratischen Gemeindevertreter hat sich der Abg.

Margarethes Mission.

Roman von Gabriele Reuter.

(14) (Nachdruck verboten.)

Mit einigen graziösen Bewegungen hatte die Prinzessin sich in einen Gazeshawl gehüllt — aber er verbarg sie nicht — im Gegentheil, ihr zartes Gesicht, die dunklen Brauen und die hellgrünen Augen schimmerten reizend aus den Tüllwolken hervor.

Dann öffnete eine Dienerin die Thür und Dr. Rochus trat ein.

Sie streckte ihm die Hand entgegen und rief lebhaft:

„O, mein Arzt, ich bin sehr glücklich! Sehen Sie, wer bei mir ist!"

Er blickte auf das Kind und auf mich, denn ich hatte Adile auf den Arm genommen. Schweigend verbeugte er sich, und nach unserer lauten, kindischen Lust wurden wir nun alle still und verlegen.

Aber das war nur ein Augenblick. Ruhiges Gespräch folgte — — sonderbar kühl und selbstverständlich.

Natürlich — die Prinzessin war hier die Hauptperson. Dr. Rochus warnte sie, sich zu sehr zu erhitzen; spielte ein wenig mit der kleinen Adile, fragte, wie mir Kairo gefalle, und dann empfahl er sich wieder.

Einmal hat er mich einige Secunden ernsthaft angesehen, ohne Zeichen von Verwirrung.

Sein Wesen war sicher, doch nicht mehr lebhaft und heftig wie früher.

Am ersten Weihnachtstage,
Abends.

— — Dr. Rochus war auch bei Frau Bents Bescherung. Wie still er geworden ist. Er spricht nur, wenn er gefragt wird, und dann mit einer gedämpften, sanften Stimme, als bestehe die ganze Welt aus kranken Kindern, die man beruhigen müsse. Seine vornehme Würde streift beinahe an Ziererei, die aber doch sehr verschieden ist von Mr. Bethuans Geckenhaftigkeit. Frau Bent versichert mir, daß Rochus sich mit dieser großartigen Ruhe Eingang in viele reiche türkische Harems verschaffe und eine Menge Geld dadurch verdiene.

Uebrigens sieht er besser aus als früher, nicht mehr so langhalsig und dünn, sondern breiter in den Schultern, von kräftiger, gesunder Farbe, aber sein weiches Gesicht und seine rothen Lippen hat er noch immer, wenn er auch einen spitz geschnittenen Vollbart trägt.

Er war wieder sehr lieb zu der kleinen Adile und aufmerksam gegen Frau Bent. Sie bekam einen Schaukelstuhl von ihm zum Geschenk, das war schon lange ein Wunsch von ihr.

Mit den anderen Damen scherzte Rochus wie ein Grandseigneur und zu deiner Margareth sprach er wenig, ohne die geringste Andeutung der Vergangenheit. Nicht einmal nach dir erkundigte er sich. Er hätte nicht fremder sein können, wenn er mir bei der Prinzeß zum ersten Male vorgestellt worden wäre.

— — Ich bin lächerlich enttäuscht, Helene — als wäre mir etwas verloren gegangen, was ich besaß, so lange ich ihn noch nicht wiedergesehen hatte. Deine Margareth.

* * *

Den 1. Januar 18 . .

Mein geliebtes Lenchen!

Möge das neue Jahr alle deine heimlichsten Wünsche erfüllen und möchte vor Allem sein Beginn dir nicht so viel Aerger gebracht haben, wie deiner Freundin.

Höre, wie es mir heute mit dem letzten meiner Weihnachtsgeschenke ergangen ist. Bei Hadra hatte ich mit einem roth- und grüngestreiften Kattunkittel eine maßlose Freude erregt. Das war nur ein Glück, denn was sollte ich wohl anfangen, wenn das gute Geschöpf nicht so treu für mich sorgte?

Meinem Stiefvater hatte ich eine Tischdecke gearbeitet und du kannst es mir glauben — es war mir ein lieber Gedanke gewesen, ihm damit zu zeigen, daß ich ihm gern kindlichen Respect erweisen wollte.

Er nahm nicht die geringste Notiz von dem Fest. Das durfte ich ja kaum erwarten. Ich hatte die Decke bereit gelegt. Als ich ihn am ersten Feiertage ausgehen hörte, griff ich danach und machte eilig meine Thüre auf, um sie ihm zu überreichen.

Da sah er mich so aufgeregt und wüthend an und schrie: „Sind Sie schon wieder da? Was spüren Sie mir immer nach?", daß ich ganz verschüchtert mit meinem Geschenk wieder abzog und nun liegt es noch in meinem Schrank.

Bethuan war ein Tabaksbeutel zugedacht, denn er pflegt sich seine Cigaretten selbst zu drehen. Es war ein zierliches, geschmackvolles Dingelchen geworden. Frau Bent fand, auch für die vielen Gefälligkeiten, die er mir erwiesen, sei ich ihm ein Zeichen der Dankbarkeit schuldig. Heute Morgen kam er mir zu gratuliren. Ich empfing ihn fröhlich und er überreichte mir eine Bonbonnière. Ich bedanke mich und öffne gleich die Kästchen, um eine gebrannte Mandel in den Mund zu stecken.

Da liegt auf dem Zuckerzeug eine Perlenschnur.

„O — wie hübsch! — Nicht wahr, sie ist doch nicht echt?" stotterte ich ganz dumm vor Verlegenheit.

Er sieht sehr beleidigt aus und sagt: „Ich würde mir nicht erlauben, Ihnen unechten Schmuck zu bringen, Perlen dürfen Sie schon zur Halbtrauer tragen — deshalb habe ich auch das Schlößchen von oxydirtem Silber gewählt, später kann man es durch ein anderes ersetzen."

Er nahm mir die Schnur aus der Hand und wollte sie mir um den Hals legen.

„Nein — bitte nicht!" rief ich verwirrt, „so ein kostbares Geschenk — von einem fremden Herrn, das geht ja doch nicht!"

„Warum nicht?" fragte er und wollte lachen.

„Nun", sagte ich sehr ernst, „es ist mir unangenehm. Ich weiß, daß junge Mädchen das nicht thun."

„O, Fräulein Margareth, Sie werden doch . . ."

„Ich werde Ihre Kette nicht annehmen."

Er legte sie auf den Tisch.

Ich hörte es, sah ihn aber nicht an. „Womit habe ich Sie gekränkt?" begann er.

„Nein — aber verstehen Sie denn nur nicht?" fragte ich und begann dummer Weise zu weinen.

Nun glaubte er mich trösten zu müssen, und das war schlimmer als die Kette und das Vorhergehende.

„Nehmen Sie nur Ihre Perlen wieder", sagte ich heftig. „Sie meinten es ja gut, das weiß ich ja! Seien Sie mir nur nicht böse."

So versöhnten wir uns wieder, aber er sah schrecklich betrübt aus, als er sein tactloses Geschenk wieder einsteckte.

Jetzt wagte ich meine Gabe auch nicht zu holen.

Helene — ich beginne einzusehen, daß man mit jungen Männern nicht unbefangen freundlich sein darf. Es geht einmal nicht, sie fassen es sonderbar auf.

Uebrigens waren die Perlen entzückend!

Den 12. Januar 18 . .

Ach liebste Helene, hätte dieser schreckliche Bethuan mich nur niemals nach der unglücklichen Pensionsangelegenheit gefragt, und hätte er vor Allem nicht meine Rechte bei meinem Stiefvater vertreten wollen! Das hat schlimme Folgen nach sich gezogen. Du darfst mit niemand darüber reden — wer interessirt sich denn auch in der ganzen Welt für mein Schicksal. Dir allein muß ich's klagen: Mein Stiefvater hat in dieser Sache seine durch und durch rohe, ungebildete Natur gezeigt.

Er kam in die Küche, wo ich Hadra ein wenig half, und brüllte mich in deren Gegenwart an: er sei keinem Menschen Rechenschaft über seine Geldgeschäfte schuldig; wenn ich's in seinem Hause nicht gut genug hätte, so könnte ich ja nur Herrn Bethuan heirathen, der könne dann die Pension eintreiben. Er habe die Spionirerei satt.

„Ich spionire nicht", sagte ich, zitternd vor Aerger; wie kann er mir denn so etwas nur vorwerfen!

Er sah mich mit seinen aufgeregten Augen starr an und rief laut und scharf:

„Warum heirathen Sie Bethuan nicht? Ich frage Sie, warum heirathen Sie den Mann nicht, wenn Sie nicht Zwecke verfolgen?"

„Mr. Bethuan hat mir bis jetzt noch gar keinen Heirathsantrag gemacht", antwortete ich.

„Was Antrag — Sie könnten längst verheirathet sein, lügen Sie mir doch nichts vor. Ich durchschaue diese Hinterlist ja schon längst; glauben Sie doch nur nicht, daß ich mir nicht klar darüber bin, weshalb Sie hier in mein Haus eingedrungen sind . . ."

Er lachte laut auf, ich wußte gar nicht, wie ich mich gegen diese unsinnigen Vorwürfe vertheidigen sollte. Hadra mischte sich nun auch in den widerwärtigen Streit. Ich glaube, sie nahm meine Partei, aber Zemgin wurde dadurch nur noch zorniger, lief wie ein böses Thier in der Küche umher und drohte mir mit der Faust.

Ich weinte natürlich wieder — wenn ich doch nur Herr über diese erbärmlichen Thränen bleiben könnte, — aber in den Augenblicken, wo ich ruhig und kalt sein müßte, verliere ich jede Besinnung, schluchze und schluchze.

„Ich will Herrn Bethuan nicht heirathen", rief ich endlich mit Aufbietung all' meiner Stimme und meines ganzen Muthes in den fürchterlichen Lärm, den Zemgin und Hadra vollführten.

Herr Zemgin wurde plötzlich still und sah mich verstört an.

„Ich will Herrn Bethuan nicht heirathen. Sie haben kein Recht, mich dazu zu zwingen", wiederholte ich.

„Niemand kann Sie dazu zwingen", schrie Hadra. „So einen Neger! Sie soll einen weißen Herrn heirathen."

„Sie will nicht, sie will nicht", murmelte Zemgin mehrere Male vor sich hin, ohne auf Hadras beleidigenden Einwurf zu achten. Ebenso wenig hörte er, wie ich sagte: „Ich liebe Herrn Bethuan nicht, und will keinen Mann heirathen, den ich nicht liebe." (Fortsetzung folgt.)

Singer gegen den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Gemeinden ausgesprochen. „Wir dürfen nicht“, führte er aus, „die Arbeiter an die Scholle fesseln, ihre Abhängigkeit erhöhen und sie zu willenlosen Objecten in der Hand des Unternehmers machen, ganz gleich, ob die Städte oder Private die Unternehmer sind“, und betonte besonders, daß die Leute, wenn sie erst mal in ihren Häusern säßen, für keine Lohnbewegung mehr zu haben wären, da die Sicherheit abstumpfe. In seiner Nummer vom 13. Januar vertritt das Centralorgan der Socialdemokratie, der „Vorwärts“, genau den entgegengesetzten Standpunkt. Der „Vorwärts“ sieht in dem Entschluß der preuß. Regierung, die 530 Hectar große Domäne Dahlem nicht an die Terrainspeculanten auszuliefern, ein Entgegenkommen gegen socialdemokratische Wünsche und befürwortet lebhaft, daß ein erheblicher Theil der neuen Colonie mit Arbeiterwohnungen bebaut und nur unter dieser Bedingung der Bebauung freigegeben werde; die Domäne eigne sich vortrefflich für Arbeiterwohnungen, der Staat müsse mit gutem Beispiel vorangehen. Wörtlich heißt es da:

„Wenn wir auch an den Entschluß der Staatsregierung nicht so überschwengliche Hoffnungen knüpfen können, wie die Bodenreformer, so haben wir doch nie verhehlt, daß dieser Entschluß unseren Wünschen entgegenkommt. Allerdings gehen unsere Wünsche erheblich weiter. Daß die Staatsbehörden auf das bodenreformerische System der steigenden Erbpacht für den Grund und Boden nicht eingehen werden, halten wir für ziemlich gewiß. Weit wichtiger erscheint uns, daß ein erheblicher Theil der Colonie, anstatt mit Villen, mit Arbeiterwohnungen im Stile der Bremer Ein- und Zwei-Familienwohnungen bebaut und allein unter dieser Bedingung der Bebauung freigegeben wird. Wenn das Terrain noch durch eine Bahn mit der Stadtbahn verbunden wird, würde sich die Domäne Dahlem zu Arbeiterwohnungen vortrefflich eignen. In Bremen wohnt bekanntlich der überwiegende Theil der Arbeiterbevölkerung in kleinen Häusern für eine oder zwei Familien. Ein solches Einfamilienhaus kostet in Bremen etwa 4000 Mark.“

Dabei ist zu bemerken, daß der „Vorwärts“ den ganzen Artikel im Druck hervortreten läßt. Und Herr Singer?

Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes.

Kein Monat des Jahres zeigt ein so unruhiges Bild des Arbeitsmarktes wie der Dezember. Der Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit, dem gegenüber das Weihnachtsgeschäft und endlich wiederum das plötzliche Aufhören desselben verursachen ein beständiges Hin- und Herwogen. In diesem Monat kann unter Umständen die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Krankenkassen ein verhältnißmäßig günstiges Bild geben, während die Eingestellten gleichwohl schon dazu beitragen, die Zahl der Arbeitsuchenden zu vermehren. An den deutschen Arbeitsnachweisen, so weit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarktes“ angeschlossen sind, kamen diesmal im Durchschnitt des Monats auf 100 offene Stellen 161,9 Arbeitsuchende (gegen 124,2 im Vorjahre). Aus den rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Bergbaubezirken werden fortgesetzt neue Arbeiterentlassungen bekannt. Aus den elsässischen Tuchbezirken, aus der Textilindustrie in Bielefeld, M.-Gladbach u. a. O. werden Verschlechterungen der Marktlage gemeldet; in Bischweiler i. E. stehen in einer Fabrik von 150 Webstühlen nur noch etwa 20 im Betrieb. Klagen über die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes im Handwerk kommen aus Baden. Wenngleich aus dem Fehlen günstiger Nachrichten noch nicht ohne weiteres geschlossen werden kann, daß keine vorhanden sind (über Gunst der Lage wird immer weniger gesprochen als über Ungunst), so kann doch nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift an dem fortgesetzten Ernst in der Lage des Arbeitsmarktes und an der Bedenklichkeit der Aussichten für die nächste Zukunft nicht wohl gezweifelt werden.

Reservefonds der gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Nach der Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften auf das Jahr 1899 befanden sich in den Reservefonds der gewerblichen Berufsgenossenschaften am Ende des Berichtsjahres rund 132 Millionen Mark. Man kann annehmen, daß in Folge der Zinszuschläge und sonstigen Vermehrung die Fonds Ende 1900 einen Bestand von etwa 134 Millionen Mark erreicht hatten. Im neuen Gesetze ist bestimmt, daß in den ersten drei Jahren je zehn Proc. den Reservefonds neben den Zinsen zuzuschlagen sind. Für 1901 wird sich also unter geringster Berechnung der inzwischen noch eingegangenen Zinsen der von der Industrie für die Reservefonds zu erhebende Betrag auf nicht weniger als rund $13^1/_2$ Millionen Mark belaufen. In den beiden folgenden Jahren wird sich dieser Betrag noch steigern und zwar in 1902 auf über 15 Millionen und für 1903 gar auf 17 Millionen Mark. Man ersieht daraus, daß die Neuerung im Unfallversicherungsgesetze schon an dieser Stelle der Industrie recht beträchtliche Opfer zumuthet. Die Landwirthschaft wird weit weniger mitgenommen. Früher war die Ansammlung von Reservefonds bei den landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht obligatorisch. Sie hatten deshalb insgesammt Ende 1899 auch nur Fonds in Höhe von 6,2 Millionen Mark zusammengebracht. Von 1901 ab wird jede landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft einen Reservefonds ansammeln müssen und zwar zwei Procent des Jahresbedarfs, so lange nicht das Doppelte des letzteren im Fonds vorhanden ist. Ende 1899 betrugen die Gesammtausgaben der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften $21^1/_2$ Millionen Mark. Man wird annehmen können, daß sie im Jahre 1900 um $2^1/_2$ Millionen, also auf 23 Millionen Mark, und in 1901 auf 25 bis 26 Millionen gestiegen sein werden. Für die Landwirthschaft wird sich demnach der für 1901 aufzubringende Reservefondszuschlag auf mindestens eine halbe Million Mark belaufen, was immer noch etwa das Dreifache der bisher jährlich von ihr gesammelten Summe ausmacht.

Ein neuer Sieg des französischen Ministeriums ist gestern in der französischen Deputirtenkammer erkämpft worden. Vor dichtbesetztem Hause brachte zunächst der Kriegsminister General André die Vorlage betreffend die Erleichterung der Ergänzung des Reserve-Offiziercorps ein. Hierauf interpellirte der Socialist Sembat über die Einmischung des Vaticans in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Sembat fragte, ob nicht die Regierung gegen die Veröffentlichung des jüngsten Briefes des Papstes an den Erzbischof von Paris anläßlich des Gesetzentwurfs betr. die Congregationen protestirt habe. Ribot sagte, der Papst habe das Recht, seine Stimme zu erheben, wenn er die religiösen Interessen bedroht glaube. (Beifall rechts und im Centrum.) Nun betrat der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau die Rednertribüne. Er führte aus, die Regierung sehe in dem Briefe des Papstes keine Drohung, werde aber die Einmischung des Papstes, die sich gegen den Gesetzentwurf betreffend die Congregationen richte, wenn derselbe angenommen werden sollte, nicht zulassen. Redner fügte hinzu, der Papst habe als geistliches Oberhaupt der Katholiken Rechte, aber der Staat habe auch Rechte, die im Concordat verbrieft seien und diesen werde er Achtung zu verschaffen wissen. Waldeck-Rousseau schloß mit der Versicherung, daß die Regierung Toleranz übe, aber auch verlange, daß die Rechte des Staates geachtet werden. (Beifall.) Ribot erklärte sich von den Ausführungen des Vorredners vollständig befriedigt. Hierauf wurde die Besprechung geschlossen.

Alsdann nahm der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt und auf deren Festigkeit gezählt wird, um die Rechte des Staates zu sichern. Der erste Theil, welcher die Billigung der Regierungserklärungen enthält, wurde mit 499 gegen 95 Stimmen und der zweite Theil mit 310 gegen 92 Stimmen angenommen. Mehrere Deputirte beantragten Zusätze zu dieser Tagesordnung, welche jedoch abgelehnt wurden, worauf die Annahme der Tagesordnung im ganzen erfolgte.

Der **Kriegsminister André** fährt inzwischen unentwegt mit seinen Maßregeln fort. So hat er gestern gegen den Brigadegeneral Geslin de Bourgogne wegen einer von ihm gehaltenen antirepublikanischen Rede eine Untersuchung angeordnet.

Der Boerenkrieg.

Wie gedrückt die Stimmung in England angesichts der Wendung der Dinge in Südafrika ist, geht recht deutlich aus der heute eintreffenden Meldung hervor, wonach Feldmarschall Lord **Roberts** privatim den Lord-Mayor von London und die anderen Mayors ersucht hat, die beabsichtigte feierliche Ueberreichung des Ehrenbürgerrechts an ihn aufzuschieben; er habe, wie er sagt, die Empfindung, daß unter den gegenwärtigen unglücklichen Umständen in Südafrika für einige Zeit keinerlei Festlichkeiten stattfinden sollten.

London, 14. Jan. In einer Zuschrift an die „Times“ schlägt Leonard Courtney einen **neuen Plan zur Lösung des Boerenproblems** vor, demzufolge Südafrika sofort in autonome Provinzen eingetheilt werden sollte, von denen jede die ihr gut scheinende Form von Autonomie bestimmen dürfte. Gesetzt, daß die Oranjefluß-Colonie sich so reorganisire, wie sie vor dem Kriege eingerichtet war — welches Unheil könnte die Regierung einer solchen Provinz anrichten, das nicht sofort unterdrückt werden könnte? Transvaal könnte in zwei Theile getrennt werden, um die Minenbevölkerung des Rands von den Ackerbau treibenden Bürgern abgesondert zu halten. Diese Lösung enthalte Gefahren, die aber nicht größer seien als die jeder anderen. Mit geschickten Männern könnte das Problem gelöst werden, ein Waffenstillstand müßte dem Lösungsversuch vorangehen.

Ueber das jüngste **Gefecht bei Belfast** wird der „Voss. Ztg.“ aus London gemeldet: 700 Boeren griffen den Außenposten an, der von 60 Mann des Royal Irish Regiments vertheidigt wurde, diese kämpften tapfer mit Messern und Bajoneten, bis nur 20 Mann übrig blieben, die sich ergaben. Schließlich wurden die Boeren von Gordon-Hochländern und anderen Truppen aus ihren Stellungen vertrieben. Unter den getödteten Boeren befand sich der Sohn des Commandanten Viljoen, bei dessen Leiche eine Depesche Bothas an Viljoen mit der Weisung, den Spitzkop einzunehmen, vorgefunden wurde. Der Spitzkop wurde später angegriffen, die Boeren jedoch mit Verlust zurückgeschlagen.

Mit einem allgemeinen **Aufstand in der Capcolonie** rechnet auch die Umgebung des Präsidenten Krüger nicht. Sie bezeichnet einen allgemeinen Aufstand der Capholländer als unmöglich wegen Waffenmangels und erwartet nur einen Anschluß von etwa 10 000 Capholländern. Die englische Regierung schätzt die Zahl der Capboeren, die sich dem Aufstand angeschlossen haben, auf 2000 und glaubt, daß die Invasion zum Stehen gebracht, an verschiedenen Punkten sogar zurückgerollt sei.

Die Londoner Blätter besprechen das Scheitern der Arbeiten des **Friedenscomités in Pretoria.** „Morningleader“ und „Daily News“ erklären, daß dieses Scheitern verständlich sei, denn seit einem Jahre hätten die Engländer gegenüber jedem Vorschlag der Boeren bezüglich einer Basis zur Herstellung des Friedens sich ablehnend gezeigt. In der letzten Zeit, seitdem England bei den Kriegsoperationen Mißerfolge aufzuweisen habe, sei es erklärlich, daß die Boeren keine Vorschläge über ihre Unterwerfung machen. „Daily Mail“ erwähnt die Behandlung, die einigen Delegirten des Friedenscomités seitens der Boeren widerfahren ist, und erklärt, daß drei derselben bei Lindley am 10. Januar in die Hände der Boeren gefallen seien, von denen der eine erschossen und die anderen durchgepeitscht wurden.

Der chinesische Krieg.

Newyork, 14. Jan. Eine hier eingetroffene Depesche aus Peking vom heutigen Tage meldet: Es verlautet, daß Li-Hung-Tschang an der Brightschen Krankheit leide. Gestern war in seinem Zustande eine Verschlimmerung eingetreten, heute befindet er sich aber wieder besser. Prinz Tsching hat dem Hofe mitgetheilt, daß er gegen die angeblich geplante Ernennung Schantschitungs zum Bevollmächtigten an Stelle Li-Hung-Tschangs Einspruch erhebe. Prinz Tsching wünscht, daß Scheng, der den Fremden genehm sei, zum Bevollmächtigten ernannt würde, doch würden die Gesandten gegen die Ernennung Schantschitungs nichts einzuwenden haben. Die meisten Gesandten erhielten von ihren Regierungen die Mittheilung, daß die Verhandlungen in Peking geführt werden müßten, da ein anderer Ort aus verschiedenen Gründen nicht annehmbar sei.

Ueber die **militärischen Actionen** liegt heute zunächst ein Bericht des Feldmarschalls Grafen Waldersee vom 13. aus Peking vor wie folgt:

Colonne Pavel kehrt morgen zurück, nachdem durch Vormarsch auf Kiming festgestellt ist, daß die nach Suanhua zurückgekehrten chinesischen Truppen rechtzeitig den Rückzug angetreten haben.

Des weiteren wird auf dem Drahtwege gemeldet:

Tientsin, 14. Jan. (Tel.) Mit Ausnahme von 1000 Mann, die theils zur Bewachung der Gesandtschaft in Peking, theils in Tientsin und Schanhaikwan zurückbleiben, **räumen die russischen Truppen die Provinz Tschili** und begeben sich nach Kinschau, von wo sie, wie es heißt, auf Mukden zu marschiren wollen.

Von russischer Seite wird heute abermals die Nachricht von dem **russisch-chinesischen Separatabkommen** über die Mandschurei dementirt. Eine der „Polit. Corresp.“ aus Petersburg zugegangene und von ihr als inspirirt bezeichnete Meldung betont, Rußland habe keinerlei Sondervertrag mit China abgeschlossen und man begreife nicht, wie von einer chinesischen Anerkennung des angeblich russischen Protectorates über die Mandschurei, von einem russischen Eingriff in die Integrität Chinas, oder von einer Verletzung der Grundlagen des Einvernehmens der Mächte gesprochen werden könne.

Eine chinesische Demonstration in deutschfreundlichem Sinne.

Aus **Peking**, 24. November, erhält die „Danz. Ztg.“ den folgenden Bericht, der ein besonderes Interesse darum besitzt, weil er zeigt, daß die Chinesen selbst in wachsendem Maße Vertrauen zu Deutschland und den Deutschen fassen. Der Bericht lautet:

Die deutsche Gesandtschaft war in diesen Tagen Schauplatz einer chinesischen Kundgebung, die interessante Einblicke in die Anschauungen und das Empfindungsleben unserer gelben Mitmenschen bot. Es war 11 Uhr Vormittags, als eine Abordnung von etwa zwanzig Chinesen vor unserer Gesandtschaft erschien, die nach ihrer Kleidung sämmtlich den besseren Ständen angehörten. Zwei deutschsprechende Zopfträger, frühere Mitglieder der Berliner chinesischen Gesandtschaft, waren die Führer der Gesellschaft, unter der sich mehrere Inhaber des ersten Rangknopfes befanden. Eine chinesische Musikbande machte die Begleitung. Die Mitglieder der Abordnung waren in großer Amtstracht, trugen aber über diesen glänzenden Gewändern Ueberwürfe aus durchsichtigem schwarzen Stoffe. Damit sollte angedeutet sein, daß der Zweck ihres Kommens die Verrichtung einer Trauer-Ceremonie sei.

In einer wohlgesetzten Ansprache erklärten sie denn auch, sie kämen als Vertreter der im östlichen Theil von Peking lebenden Chinesen und wären von diesen beauftragt, ihrem tiefen Abscheu über die Ermordung des deutschen Gesandten, Freiherrn v. Ketteler, Ausdruck zu geben und zur Bekundung ihrer Trauer nach chinesischer Sitte Ehrenschirme und Fahnen an der vorläufigen Grabstätte des verewigten Gesandten aufzustellen.

Die Erlaubniß hierzu wurde gewährt und alsbald begann die Musik den mehr charakteristischen als wohllautenden Vortrag einer nationalchinesischen Trauerhymne, bei deren Klängen die Ehrenschirme und Fahnen feierlich herbeigebracht und an der Grabstätte aufgepflanzt wurden. Die Fahnen zeigten die chinesischen Trauerfarben Weiß, Schwarz und Blau. Die beiden früheren Mitglieder der Berliner Gesandtschaft widmeten dem Ermordeten noch einen riesigen Kranz, der auf einem weißen Tragegestell gebracht und am Grabe aufgestellt wurde. Astern, die einzigen Blumen, die es gegenwärtig in Peking giebt, bildeten diesen chinesischen Trauerkranz für unseren todten Gesandten. Nach Aufstellung von Weihgeschenken machten alle Mitglieder der chinesischen Abordnung eine tiefe Verneigung nach der Grabstätte hin. Der Gesandte v. Mumm ließ durch den ersten Dolmetscher Frhrn. v. d. Goltz für diese in würdiger Weise vollzogene Ehrung seines Vorgängers danken.

Allein die Aufgabe der Abordnung war noch nicht beendigt. Die Chinesen legten vielmehr jetzt die schwarzen Oberkleider ab und ihre Gesichter, die bis dahin den Ausdruck aufrichtiger tiefer Betrübniß getragen hatten, verzogen sich zu liebenswürdig grinsender Freundlichkeit. Denn nun, so erklärten sie, wollten sie noch dem Nachfolger des Freiherrn v. Ketteler ihre Glückwünsche darbringen. Wieder begann die Musikbande ihren diesmal eine Jubelhymne vorstellenden Lärm, wieder wurden Ehrenschirme und Fahnen feierlich herbeigetragen, aber diesmal in der glückbringenden rothen Farbe. Statt des Kranzes erschien auf einem Tragegestell eine kunstvoll ausgeführte Stickerei, worin dem Empfänger langes Leben, schnelles Avancement und — reicher Kindersegen gewünscht wurde. Herr v. Mumm erkannte auch diesmal den guten Willen und die Höflichkeit der Chinesen an und ließ ihnen durch Freiherrn v. d. Goltz danken, worauf sie befriedigt von dannen zogen.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Jan. Die **Illumination zur 200-Jahrfeier des Königsreichs Preußen** wird nach den getroffenen Vorbereitungen eine große allgemeine. Nicht nur die königlichen, staatlichen und städtischen Gebäude werden an der Festbeleuchtung Theil nehmen, sondern auch Geschäfte und Privathäuser.

Berlin, 15. Jan. In dem Ausschusse der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zur Berathung der **Wohnungsfrage** brachte Stadtbaurath Kyllmann den Antrag ein, eine **Actiengesellschaft** zum Bau kleiner Wohnungen unter städtischer Beihilfe zu bilden.

— Die „Volksztg.“ veröffentlicht eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes, wonach es im Bereiche Preußens die Communen mit eigenen Schlachthäusern in der Hand haben, das **Schächten** ganz und gar zu **verbieten.**

* **[Postsendungen mit polnischer Adresse.]** Vor einiger Zeit hat, wie bereits gemeldet, die Posener Postbehörde verfügt, daß Postsendungen mit polnischer Adresse und Namensbezeichnung nicht befördert werden sollen. Der „Nat.-Ztg.“ zufolge liegt der Anordnung Folgendes zu Grunde: Briefe nach Berlin, Breslau, nach Mecklenburg, Mittel- und Süddeutschland werden im Osten zahlreich mit polnischer Orts- und Straßenbezeichnung aufgeliefert. Man muthet der Reichspost zu, daß ihre Beamten die polnische Sprache beherrschen sollen. Die Eisenbahntelegraphenstationen befördern Telegramme in polnischer Sprache seit Jahren nicht.

* **[Den Bau von Arbeiterwohnhäusern]** sucht, wie man dem „B. T.“ aus Gera schreibt, die **Thüringische Landesversicherungsanstalt**, die schon einer nicht geringen Anzahl von Baugenossenschaften den für ihre Zwecke erforderlichen billigen Hypothekencredit zur Verfügung gestellt hat, jetzt dadurch zu fördern, daß sie Sparkassen und Landescreditanstalten, die sich ihren Bestrebungen anschließen, das zur Beleihung von neu errichteten Arbeiterwohnhäusern bis zu 60 Procent des Taxwerthes erforderliche Kapital gegen dreiprocentige Verzinsung zur Verfügung stellt. Sie stellt dabei nur die Bedingung, daß den Darlehnsnehmern mehr als $3^1/_4$ Procent Zinsen nicht angesonnen werden, daß die Häuser im Besitze von Versicherten sind, etwaige Miethwohnungen nur an solche abgegeben werden, und daß bei Bemessung der Miethe auf den billigen Zinsfuß Rücksicht genommen wird.

* **[Die Einwanderung aus Europa nach Amerika]** ist, trotzdem die Zeiten, wo das Gold dort auf der Straße lag, längst vorüber sind, noch immer im Zunehmen begriffen. So kamen nach den Aufzeichnungen des arbeitsstatistischen Amtes in Newyork im dritten Vierteljahr 1899 rund 57 000, im dritten Vierteljahr 1900 dagegen über 83 000 Einwanderer dort an. Unter den Einwanderern befanden sich 24 Proc. polnische, russische und rumänische Juden, 22 Proc. Italiener, 8 Proc. Deutsche u. s. w. Am stärksten war die Steigerung der jüdischen Einwanderung, sie betrug nahezu 100 Proc., was wohl auf die Colonisationsbestrebungen zurückzuführen ist. Die deutsche Einwanderung vermehrte sich von 4528 Köpfen im dritten Vierteljahr 1899 auf 7049 im dritten Vierteljahr 1900, also um 56 Proc.

Posen, 13. Januar. Die Posener **Maurer** wollen zum Frühjahr in eine **Lohnbewegung** eintreten. In einer heute (Sonntag) hier stattgehabten, von etwa 300 Maurern besuchten Versammlung wurde beschlossen, zum Frühjahr dieses Jahres mit neuen Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Zur Erreichung dieser Forderungen soll eine aus Mitgliedern sämmtlicher Maurerorganisationen Posens bestehende Lohncommission mit den Arbeitgebern in Verhandlung treten.

Posen, 14. Jan. Oberbürgermeister **Witting** ist als gemeinsamer deutscher **Candidat** für die hiesige **Reichstags-Ersatzwahl** aufgestellt worden.

Hamburg, 14. Jan. Major **v. Kamptz**, Commandeur der Schutztruppe in Kamerun, ist hier eingetroffen. Er soll als Zeuge im Prozeß gegen Hauptmann Besser, der in Berlin in Untersuchungshaft sitzt, vernommen werden. Nach einer anderen Version solle er auf seinen Antrag abberufen sein.

Nürnberg, 14. Jan. Auf Betreiben der hiesigen socialdemokratischen Führer wurde der in voriger Woche wegen Veruntreuung bei dem Krankenkassenverein vom Reichsgericht zu vier Monaten Gefängniß verurtheilte Vereinsvorsteher, socialistische Agitator **Wiemer**, wieder als Vorsteher **gewählt.**

Rußland.

Aus Dorpat, 12. Jan., **wird der „R. Z.“** gemeldet: Die russische Geheimpolizei hat hier eine **anarchistische Verbindung** entdeckt. Ihr Leiter und Gründer, der orthodoxe Student Petrow, ist verhaftet. Bei ihm wurden Briefe französischer und italienischer Anarchisten gefunden. Deutsche Studenten sind nicht darin verwickelt.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. In Nizza wurde heute der angebliche **russische Fürst** Nacaschine, der wegen nihilistischer Umtriebe vor längerer Zeit aus Frankreich ausgewiesen wurde, sammt Familie **verhaftet.**

England.

London, 14. Jan. Wie eine englische Zeitung erfährt, ist das **Befinden der Königin Victoria** seit geraumer Zeit kein günstiges. Es heißt, die Monarchin leide an Appetitmangel und Schlaflosigkeit. Die Krankheit der Kaiserin Friedrich, der Tod des Prinzen Christian Victor von Schleswig-Holstein und das plötzliche Hinscheiden ihrer vertrauten Freundin Lady Churchill hätten, gepaart mit den Sorgen, die der Feldzug in Südafrika ihr bereite, die bisher so robuste Gesundheit der Königin erschüttert, gleichwohl sei kein Grund für ernste Besorgnisse vorhanden, die Königin fahre in Osborne täglich aus, erledige auch die Staatsgeschäfte, aber die üblichen Neujahrsfestlichkeiten seien unterblieben.

Italien.

Rom, 12. Jan. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine kraftvolle lateinische **Ode des Papstes** auf den Jahrhundertwechsel. Die letzte Strophe enthält ein inbrünstiges Gebet, daß alle Herrscher der päpstlichen Mahnung zur Gottesfürchtigkeit Folge leisten und daß eine Heerde, ein Hirte, ein Glaube auf Erden sei.

Spanien.

Madrid, 14. Jan. Im hiesigen Palais des Marquis Berralbo, des **Vertreters des Don Carlos**, fand heute eine polizeiliche **Haussuchung** statt. Das Schriftstück, welches man suchte, wurde nicht gefunden. Die Behörden lassen fortdauernd die Carlisten überwachen.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. Januar.

Wetteraussichten für Mittwoch, 16. Jan.,
und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Kalt, wolkig mit Sonnenschein, strichweise Schneefälle.

Donnerstag, 17. Jan. Wenig verändert. Vielfach heiter.

Freitag, 18. Jan. Wenig verändert. Vielfach heiter.

Zur Arbeiterwohnungsfrage in Danzig ist den Mitgliedern der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung soeben ein wichtiges Actenstück zugegangen. Bekanntlich hatte die Stadtverordneten-Versammlung am 18. August 1899 die Einsetzung einer gemischten Commission beschlossen, welcher als Aufgabe die Berathung darüber gestellt war, in welcher Weise und welchem Umfange die Stadtgemeinde sich betheiligen soll an Maßnahmen zur Besserung der hiesigen Wohnungs-

verhältnisse. Die Commission ließ zunächst statistische Ermittelungen über die Anzahl der vorhandenen Wohnungen und deren räumliche Beschaffenheit sowie über die Miethpreise, das Verhältniß der bestehenden Wohnungen in den einzelnen Kategorien etc. vornehmen, welche bei der Annahme, daß **durchschnittlich** 3 Proc. leer stehen, Folgendes ergaben:

Wohnungen von	Vermiethet	Davon 3%	Leerstehend	mehr	weniger
1 Zimmer ohne Küche. . .	984	30	48	18	—
1 Zimmer mit Küche . .	13118	394	151	—	243
2 Zimmern ohne Küche . .	290	9	6	—	3
2 Zimmern mit Küche . .	8910	267	175	—	92
3 Zimmern . .	3137	94	103	9	—
4 Zimmern . .	1699	51	67	16	—
5 Zimmern . .	736	22	28	6	—
6 Zimmern . .	445	13	24	11	—
7 Zimmern . .	229	7	11	4	—
8 und mehr Zimmern .	209	6	17	9	—
Summa	29757	etwa 893	630	+ 73	— 338
					— 265

Hieraus ergiebt sich, daß bei der Gesammtzahl der Wohnungen erheblich weniger als 3 Proc. leerstehen. Dies Ergebniß wird aber nur durch die kleinen Wohnungen von 1—2 Zimmern mit Küche, also gerade durch die Arbeiterwohnungen veranlaßt, von denen offensichtlich verhältnißmäßig lange nicht so viele zur Auswahl stehen, wie bei den größeren Wohnungen. Und doch bilden allein schon die Wohnungen von einem Zimmer mit Küche nicht viel weniger als die Hälfte, die Wohnungen von 1—2 Zimmern mit Küche mehr als **zwei Drittel aller vorhandenen Wohnungen.**

Ein ähnliches Ergebniß stellt sich heraus, wenn man die Wohnungen nicht nach ihrer Zimmerzahl, sondern nach ihrem Miethpreise zusammenstellt. Es waren gezählt Wohnungen:

Zum Miethpreise jährlich	Vermiethet	Davon 3%	Leerstehend	mehr	weniger
bis 100 Mk.	2333	70	73	3	—
101 bis 150 Mk.	8702	261	86	—	175
151 bis 200 Mk.	5938	178	126	—	52
201 bis 250 Mk.	2704	81	41	—	40
251 bis 300 Mk.	2525	75	40	—	35
301 bis 400 Mk.	2161	65	61	—	4
401 bis 500 Mk.	1821	55	65	10	—
501 bis 600 Mk.	1023	31	34	3	—
601 bis 800 Mk.	968	29	37	8	—
801 bis 1000 Mk.	629	19	38	19	—
1001 bis 1200 Mk.	352	11	9	—	2
1201 bis 1500 Mk.	316	9	10	1	—
1501 bis 1800 Mk.	113	3	3	—	—
über 1800 Mk.	172	5	7	2	—
Summa	29 757	etwa 892	Ca. 630	+ 46	— 308
					— 262

Es fehlt also besonders an Wohnungen im Miethpreise von jährlich 101—150 Mk., aber auch weiter noch sehr an solchen bis zu 300 Mk., also gerade an den sogenannten Kleinwohnungen, während theurere Wohnungen zum Theil sogar über den Bedarf hinaus vorhanden sind.

Da immerhin eine sehr große Zahl von Kleinwohnungen in Danzig vorhanden ist, sollte man meinen, daß die ärmere Bevölkerung in diesen Wohnungen bequem unterkommt und einer größeren Anzahl weiterer Wohnungen zur Zeit nicht bedarf. Die auf Wunsch der Commission weitergeführte Zählung hat aber eine **sehr starke Ueberfüllung** eines Theiles der Kleinwohnungen ergeben. Gezählt sind hier nur die Wohnungen von einem Zimmer (mit oder ohne Küche). Ein Zimmer wird bewohnt:

Von einer Person in	1178	Fällen
zwei Personen in	2955	„
drei „ „	2921	„
vier „ „	2262	„
fünf „ „	1748	„
sechs „ „	1268	„
sieben „ „	764	„
acht „ „	447	„
neun „ „	215	„
zehn „ „	86	„
elf „ „	28	„
zwölf „ „	13	„
dreizehn „ „	4	„
vierzehn „ „	2	„
fünfzehn „ „	1	„
Summa	13 892	Fällen.

Mindestens wird man im allgemeinen alle diejenigen Wohnungen als überfüllt ansehen müssen, bei denen in einem Zimmer mehr als fünf Personen untergebracht sind. Geht man hiervon aus, so sind allein schon bei den Wohnungen mit einem Zimmer 2828 Wohnungen überfüllt. In diesen sollten eigentlich nur höchstens 2828 × 5 = 14 140 Personen wohnen, es wohnen aber in ihnen 19 886 Personen, also 5746 Personen zu viel. Will man diesen Ueberschuß wieder in Zimmern mit je 5 Bewohnern unterbringen, so bedarf man hierzu 1150 neuer Zimmer, die erst hergestellt werden müßten.

Nach eingehender Berathung dieses Materials hat sich die gemischte Commission mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise sich die Stadtgemeinde gegenüber dem anzuerkennenden Mangel an guten Kleinwohnungen in Danzig verhalten solle. Es wurden die verschiedenen, sich dazu darbietenden Mittel und Wege von der Commission erörtert. Schließlich hat sich die gemischte Commission und mit ihr der Magistrat im wesentlichen auf den Boden der Beschlüsse gestellt, welche im Herbst v. Js. die Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege zu Trier gefaßt hat. Diese Beschlüsse gehen, so weit sie hier in Betracht kommen, dahin: Reich, Staat und Gemeinde sollten in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber den privaten Arbeitgebern mit gutem Beispiel vorangehen. Die Aufgabe von Staat und Gemeinde besteht ferner vor allem darin die **Grundlagen** einer gesunden privaten Bauthätigkeit zu schaffen. In der Arbeit der Behörden und öffentlichen Verbände muß sorgfältig alles vermieden werden, was einer gesunden **Privatthätigkeit** hindernd in den Weg tritt. Bei dem Baue kleiner Wohnungen durch Dritte darf eine Subventionirung, insbesondere eine **finanzielle Mitwirkung** der Stadtgemeinde **nur auf streng wirthschaftlicher Grundlage** erfolgen. Der Bau von Wohnungen durch Staat und Gemeinde ist unbedenklich, soweit es sich um die eigenen **Arbeiter** und **Beamten** oder um Ersatz für die in Folge von öffentlichen Arbeiten zerstörten kleinen Wohnungen handelt; **darüber hinaus** ist mit **großer Vorsicht vorzugehen.** Diese Gesichtspunkte acceptirend, hat sich die gemischte Commission bezüglich des in Danzig zu beobachtenden Verfahrens auf folgende Grundsätze geeinigt:

1. Die Stadt soll eine eigene **Bauthätigkeit** beim Bau von Wohnungen in der Regel nur entfalten, soweit es sich um **Wohnungen für ihre eigenen Arbeiter** und geringer besoldete Beamten handelt, und nur nach **Maßgabe des Bedürnisses ihrer Betriebe.** Der **Bau von Wohnungen in weiterem Umfange** durch die Stadt ist, so lange nicht offenkundige Nothstände vorliegen, zu **verwerfen.**

2. Die **Unterstützung der Bauthätigkeit** privater und gemeinnütziger Gesellschaften seitens der Stadt darf nur auf streng wirthschaftlicher Grundlage geschehen, und zwar in der Weise, daß jeder Unterstützung (durch baare Zuwendung, durch Leihen von Geld gegen mäßigen Zinsfuß, durch Verkauf billigen Landes u. s. w.) eine Gegenleistung des Unternehmens gegenüberzustehen hat, die grundbuchlich festzulegen ist, und je nach den Verhältnissen des Einzelfalles in Beschränkungen in Bezug auf die Bebauung des Grundstücks oder auf die Verwendung der Wohnungen oder in der Erfüllung sanitärer Anforderungen u. s. w. bestehen kann.

3. Es wird zu prüfen sein, ob nicht durch angemessene **baupolizeiliche Bestimmungen** der Bau von kleinen Häusern in bestimmten Stadttheilen und der Umbau alter Häuser **erleichtert** werden kann.

Weiter heißt es in dem Commissionsbericht:

Der gemischten Commission wurde noch mitgetheilt, an die Stadtgemeinde sei von dritter Seite das Ersuchen gerichtet worden, **bestimmte große Landflächen** (Schellmühl), für welche eine Verkaufsofferte zu einem nicht gerade billigen Preise vorliege, zu erwerben, und dieselben in Parzellen zu **Erbbaurecht** für den Bau kleiner Wohnungen an Private, Genossenschaften und Behörden zu vergeben. Dies Project sei zur Zeit zur **Verwirklichung nicht geeignet,** und es dürfe die Stadt auch nach dieser Richtung hin ihre Maßnahmen nicht überstürzen. Die gemischte Commission schloß sich dem an, und erachtete ihre Aufgabe mit Aufstellung vorstehender Grundsätze, die sie den städtischen Körperschaften unterbreitet, für erfüllt.

Der Magistrat ist der Auffassung der gemischten Commission durchaus beigetreten. Im allgemeinen gehört, wie er ausführt, der Bau von Wohnungen heute nicht zu den Aufgaben der Stadtgemeinden, und nur außerordentliche Nothstände rechtfertigen es, wenn die Stadt, abgesehen von ihrer Eigenschaft als Arbeitgeberin, dies Gebiet in den Kreis ihrer Thätigkeit zieht. Es kann dies nur geschehen, wenn die private Bauthätigkeit und diejenige gemeinnütziger Gesellschaften versagt. In Danzig ist dies nun noch keineswegs der Fall; die **private Bauthätigkeit** sowohl wie diejenige **von Vereinen und Stiftungen** bestrebt sich vielmehr nach Kräften, dem Wohnungsmangel abzuhelfen. In den letzten Jahren sind eine ganze Anzahl von Arbeiterwohnhäusern durch Bauunternehmer auf der Niederstadt (Langgarter Wall pp.), in Schidlitz, in Stadtgebiet und an anderen Orten errichtet worden, größere Arbeitgeber bauen für ihre Arbeiter Wohnungen, der Wohnungs-Verein und der Spar- und Bau-Verein haben eine Anzahl von Häusern errichtet. Der letztere hatte bis zum Februar v. J. 18 Häuser mit 149 Wohnungen, bestehend aus Stube, Kammer und Küche bezw. Stube und Küche erbaut. Am lebhaftesten aber ist die Thätigkeit der Abegg'schen Stiftung gewesen. Sie hat erbaut:

1891—1894	55	Häuser Colonie	Olivaer Freiland,
1895—1897	111	„ „	Aller Engel,
1898—1899	21	„ „	Leeg-Strieß

Summa 187 Häuser für Arbeiter und kleine Leute; dazu 11 Villen für Subalternbeamte etc., im ganzen also 198 Häuser. Daß die Zahl der Gebäude Danzigs im Wachsthum begriffen ist, unterliegt auch keinem Zweifel. So sind 1898/99 50 Gebäude abgebrochen, dagegen 164 neu errichtet worden, und zwar mit:

658 Wohnungen zu je einem heizbaren Zimmer,
274 „ „ „ zwei heizbaren Zimmern,
287 „ „ „ drei „ „
114 „ „ „ vier „ „
u. s. w.

Auch aus diesen Zahlen ergiebt sich, daß gerade die kleinen Wohnungen in starker Zunahme begriffen sind. Es ist also eine Bauthätigkeit vorhanden, in welche die Stadt nicht störend eingreifen soll. Freilich muß zugegeben werden, daß jene Bauthätigkeit noch keineswegs ausreicht. Aber es wird genügen, wenn die Stadt sie anregt und fördert.

Schließlich aber sind wir — heißt es in der Magistrats-Vorlage — mit der gemischten Commission der Ansicht, daß die Erkenntniß von der Mangelhaftigkeit der Verhältnisse unserer Kleinwohnungen uns nicht verleiten darf, uns in Maßnahmen zur Verbesserung zu überstürzen und uns auf Vorschläge einzulassen, deren wirthschaftliche Consequenzen für die Stadt und für Dritte noch nicht zu übersehen sind. Auch **wir vermögen daher zur Zeit den Ankauf großer Landflächen und deren Vergebung zu Erbbaurecht nicht zu empfehlen.**

Die Stadtverordneten-Versammlung ist nun ersucht worden, sich mit den von der gemischten Commission aufgestellten Grundsätzen einverstanden zu erklären.

* **[Festgottesdienst.]** Der Festgottesdienst in St. Marien zur Feier des Krönungsjubiläums, von dem wir gestern bereits Mittheilung machten, wird um 10 Uhr beginnen. Die Festpredigt wird Herr General-Superintendent Dr. **Döblin** halten.

* **[Theater-Verein zu Danzig.]** In der gestrigen Sitzung des Vorstandes und Vorstandsrathes wurde beschlossen, am 25. d. Mts. eine Generalversammlung einzuberufen, in welcher u. a. Herr Rechtsanwalt **Thun** einen Vortrag halten wird über den **Stand der Theaterfrage.** Ferner soll der Kunstkritiker und Literarhistoriker **Bulthaupt** in Bremen zu einem Vortrage über die Theaterfrage für Danzig gewonnen werden. An sämmtliche Behörden und in Betracht kommenden Vereine und Corporationen, sowie Zeitungsredactionen, soll das Statut der Danziger Theater-Actiengesellschaft mit der Anzeige übersandt werden, daß jetzt eine Stelle für die praktische Durchführung des Gedankens besteht. Mit den Stellen, von denen eine praktische Förderung des Unternehmens zu erwarten ist, sollen Verhandlungen angeknüpft werden. Der Verein hat bis jetzt 380 Mitglieder und ein Vermögen von 1350 Mk.

* **[Von der Weichsel.]** An amtlicher Stelle lagen heute Mittag folgende Meldungen vor: Der Eisaufbruch ist bis Kilometer 200 (Palschau) vorgerückt. In der unteren Stromstrecke treiben geringe Mengen Brucheis; die Mündung ist eisfrei. Wasserstände: Thorn 1,38, Fordon 1,36, Culm 0,96, Graudenz 1,34, Kurzebrack 1,58, Pieckel 1,44, Dirschau 1,90, Einlage 1,98, Schiewenhorst 2,20, Marienburg 0,90, Wolfsdorf 0,62 Meter.

Heute Vormittag haben sich die Herren Oberpräsidialrath v. Barnekow und Strombaudirector Goerz zunächst nach Schiewenhorst begeben, um von dort aus stromaufwärts die Eisbrecharbeiten auf der Weichsel zu besichtigen.

* **[Heizung der Eisenbahnzüge.]** Nach Eintritt der strengen Kälte, so heißt es in einer soeben erlassenen Verfügung der königl. Eisenbahndirection, sind bereits mehrfach Klagen der Reisenden über ungenügende Heizung der Personenwagen in Fern- und Vorortzügen laut geworden. Dies läßt darauf schließen, daß die an der Heizung der Züge betheiligten Beamten nicht ihre Schuldigkeit thun. Bei einiger Aufmerksamkeit und einigem Diensteifer müßten derartige Beschwerden vermieden werden. Es wird erwartet, daß alle in Betracht kommenden Beamten die für die Heizung der Züge gegebenen Vorschriften gewissenhaft befolgen und alles aufbieten, um eine angemessene Wärme in den einzelnen Abtheilen eines jeden Zuges herzustellen und auch während der Fahrt zu erhalten. Jeder Fall von Nachlässigkeit in dieser Hinsicht wird unnachsichtlich bestraft werden.

+ **[Der Verein „ehemaliger Fünfer"]** hielt am 12. d. M., Abends, eine außerordentliche General-Versammlung im Vereinslokale „Preußischer Hof" ab Es wurde einstimmig beschlossen, sich an den Festlichkeiten des Grenadier-Regiments König Friedrich I. (4. ostpr. Nr. 5) zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen des Königreichs Preußen am 18. d. M. im Wilhelm-Theater zu betheiligen. Der Verein ist durch den Regiments-Commandeur Herrn Oberst v. Reichenberg zur Theilnahme eingeladen. Am 26. d. M. soll der Geburtstag des Kaisers festlich begangen werden. An Stelle des nach Kiautschou (China) commandirten kaiserlichen Werft-Secretärs Herrn **Menard** wurde Herr Landesdirections-Assistent und Baugewerksmeister **Wolschon** zum zweiten Vorsitzenden neu gewählt.

π **[Der „Verein ehemaliger Schwarzkragen"]** feierte Sonnabend im Bildungsvereinshause im Voraus den Geburtstag des Kaisers, sowie die 200jährige Wiederkehr des Tages der Erhebung Preußens zum Königreiche. Nach dem Vortrage einiger Musikpièces hielt der Vorsitzende Herr **Jahnke** die Festrede. Aus dem reichhaltigen Festprogramm wollen wir noch hervorheben die Reutervorträge von Herrn Gaing, sowie zwei Einacter „Irren ist menschlich" und „Krieg und Frieden", die flott gespielt wurden. Hieran schloß sich ein Ball.

-r. **[Fleischer-Innung.]** Im „Kaiserhof" tagte gestern Nachmittag die erste diesjährige ordentliche Versammlung der Fleischer-Innung. Den Vorsitz führte Herr Obermeister **Illmann.** Es erfolgte zuerst die Einführung mehrerer neuer Mitglieder. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. An fünf Gesellen, die bereits seit vielen Jahren bei ihren jetzigen Arbeitgebern thätig sind, wurden Prämien vertheilt, und zwar erhielten zwei Geldprämien zu je 100 Mk. und drei zu je 50 Mk. Sämmtliche Prämiirten erhielten außerdem Diplome.

* **[Die kirchliche Fürbitte für die Chinakämpfer]** soll auf Anregung des Kaisers nach einem Erlaß des evangelischen Oberkirchenraths in allen denjenigen Gemeinden allsonntäglich stattfinden, deren Geistlichen bekannt geworden ist, daß Angehörige ihrer Gemeinden als Soldaten in China weilen.

-r. **[Schwurgericht.]** Die erste diesjährige Schwurgerichtsperiode beim hiesigen Landgericht beginnt am 11. Februar.

* **[Selbstmord.]** Am Sonntag Nachmittag hat sich der 69jährige Arbeiter Friedrich Ferdinand Lau in seinem Holzstalle am Nehrunger-Weg, anscheinend in einem Anfall von Schwermuth, erhängt.

* **[Taubstummer Messerheld.]** Der taubstumme Schuhmachergeselle Friedrich Koske brachte gestern auf offener Straße in Folge einer vorangegangenen Streitigkeit dem taubstummen Schuhmacher Friedrich Schwarz eine etwa 8 Centimeter tiefe Schnittwunde in den Arm bei und ergriff dann die Flucht. Schwarz mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der flüchtige Koske wurde noch in der Nacht verhaftet.

[Polizeibericht für den 15. Januar 1901.] Verhaftet: 5 Personen, darunter 1 Person wegen Beleidigung, 1 Corrigende, 1 Betrunkener, 1 Person wegen Messerstechens. — Obdachlos: 3. — Gefunden: 1 weiße Kinderschürze und 2 Tocken Wolle, 1 schwarzer Koller, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau der königl. Polizei-Direction zu melden. — Verloren: 2 Portemonnaies mit Inhalt, abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

Zur Konitzer Mordaffaire

wird, wie man aus Berlin telegraphirt, den dortigen Blättern aus Cottbus berichtet:

Eine sensationelle Meldung erstattete gestern bei der Cottbuser Polizeibehörde der Tischler Max **Wolf,** aus Bromberg gebürtig, der bei der französischen Fremdenlegion in Bel-Abbas diente und sich jetzt auf der Wanderschaft befindet. Wolf theilte mit, ein deutscher Fremdenlegionär habe erzählt, er wolle, statt sich von seinen Vorgesetzten länger hart bedrücken zu lassen, lieber nach Deutschland zurückkehren, um dann den in Gemeinschaft mit einem andern in der **Trunkenheit verübten Mord an Winter** zu bekennen und zu sühnen. Der Mörder, dessen Name ihm, Wolf, unbekannt sei, diene in einem Regiment in Bel-Abbas in Oran und sei Fleischergeselle in Konitz gewesen. Wolf macht angeblich einen glaubwürdigen Eindruck, die Polizei soll bereits Verhandlungen eingeleitet haben.

Von anderer Seite wird hingegen dem „Lok.-Anz." gemeldet: Den Angaben des Cottbuser ehemaligen Legionärs wird kein Gewicht beigemessen. Der Mann hat bereits vor einiger Zeit an die Staatsanwaltschaft in Cottbus in dieser Angelegenheit geschrieben. Anscheinend handelt es sich bei dem angeblichen Konitzer Fleischergesellen lediglich um eine Persönlichkeit, die auf billige Art nach Deutschland zurückbefördert werden möchte.

* Konitz, 15. Jan. Ueber den neuen **Fund von Winter'schen Kleidungsstücken** veröffentlicht der hiesige Erste Staatsanwalt Folgendes:

„Am Sonntag, 13. Januar, Mittags, sind in dem Logengarten zu Konitz die Hosen des ermordeten Gymnasiasten Ernst Winter gefunden worden. Anscheinend sind sie von der Convictstraße aus — in der Nähe des Mönchangers — über den Gartenzaun geworfen. Es fehlt vorläufig jeder Anhalt dafür, wer die Hosen dorthin gebracht hat."

Wie bisher, so knüpfen sich auch an diesen neuesten Fund mancherlei Gerüchte, die bis jetzt auf ihre Stichhaltigkeit schwer kontrolirbar sind. Neue Spuren werden noch immer verfolgt und man glaubt einem festen Anhalt näher zu sein als bisher. Ob sich das bestätigen wird, muß einstweilen abgewartet werden. Bisher ist man mit dem Glauben an derartige Gerüchte nicht viel weiter gekommen, so lebhaft auch allseitig der Wunsch nach endlicher Lichtung des mystischen Dunkels der Unthat vom 11. März v. Js. getheilt wird. Nur eins scheinen die Kleiderfunde zu ergeben, daß der oder die Mörder **oder mindestens** die Helfershelfer noch in Konitz oder dessen Benachbarung weilen. Dem Minister des Innern soll über die Sachlage neuerdings wieder Bericht erstattet sein und es heißt, derselbe werde abermals einen **Regierungs-Kommissar nach Konitz** absenden.

Oliva, 14. Jan. Der **Zoppot-Olivaer Lehrerverein** hielt am Sonnabend im „Hotel Karlsberg" seine Monatssitzung ab. Von dem bisherigen Vorsitzenden, Herrn Blindenlehrer **Zech**-Königsthal, lag die Mittheilung vor, daß er aus dem Verein ausgetreten sei, um sich dem Danziger Lehrerverein anzuschließen. Die darauf vorgenommene Vorstandswahl hatte folgendes Ergebniß. Die Herren Taubstummenlehrer **Knischewski** und Hauptlehrer **Walter,** beide zu Oliva, wurden zum ersten bezw. zweiten Vorsitzenden, Lehrer **Ebel** und **Zillmer,** beide zu Zoppot, zu Schriftführern und **Knuth**-Kielau zum Kassenführer gewählt. Unter geschäftlichen Mittheilungen wurde eine Einladung des Zoppoter Kriegervereins zum Fest-Kommers im „Lindenhof" am 20. d. Mts. aus Anlaß des Krönungsjubiläums, sowie eine Einladung des Gemeindevorstandes in Zoppot zum Festessen im Kurhause an Kaisers Geburtstag bekannt gegeben. Zum Schluß erfolgte Berichterstattung über die in den Weihnachtsferien stattgefundene Gau-Lehrerversammlung in Danzig.

-g. **Bohnsack,** 14. Jan. Am 12. Januar hielt der **freie Lehrerverein Bohnsack-Schönbaum** in Nickelswalde seine erste Sitzung in diesem Jahre ab. Herr Lehrer **Anderson** sprach in fesselnder Weise über das Thema: „Was leitet mich bei der Erkenntniß des Temperaments bei meinen Schülern, und wie behandle ich den mit dem betreffenden Temperament begabten Schüler psychologisch-pädagogischen Grundsätzen gemäß?" Der Vortrag erntete großen Beifall. Aus der nun folgenden Vorstandswahl gingen als gewählt hervor die Herren: Lehrer **Stamm** erster Vorsitzender, Lehrer **Schubert** zweiter Vorsitzender, Kassirer und Gesangsdirigent, Lehrer **Düring** Schriftführer. Der Gedanke einer Ehrung Falks durch eine **Falkstiftung** fand in der Versammlung ungetheilte Zustimmung. Als Ort der nächsten Sitzung ist Oestlich-Neufähr in Aussicht genommen. Zu derselben haben die Herren Düring und Sietz je ein Referat übernommen.

S. **Tiegenhof,** 14. Jan. Am 13. d. Mts. **brannten** in **Fischerbabke** die Gebäude des Gastwirths Albrecht vollständig nieder. Dem Pächter des Grundstücks, Herrn Kaufmann Franz Penner, der dasselbe erst vor einigen Tagen übernommen hat, ist das ganze Inventar, das nicht versichert war, mitverbrannt. Es wird Brandstiftung vermuthet.

Marienwerder, 15. Jan. Herr Sanitätsrath Dr. **Heidenhain** hat, wie die hiesige Zeitung „N. W. M." berichtet, das Unglück gehabt, sich Anfang vergangener Woche bei Ausübung seines Berufes eine **Blutvergiftung** zuzuziehen; an welcher er seitdem bei hohem Fieber schwer krank darniederliegt. Nach wiederholten operativen Eingriffen der Herren Professor Dr. **Barth**-Danzig und Medizinalrath v. **Hacke** hierselbst ist jetzt erfreulicherweise in dem Befinden des Kranken eine Besserung eingetreten, so daß gegründete Hoffnung auf Wiederherstellung des allgemein geschätzten Arztes besteht.

Konitz, 13. Jan. In dem **Privat-Beleidigungs-Prozeß** des Oberlehrers **Hofrichter,** jetzt in Neustadt, gegen den Bürgermeister **Deditius** in Konitz wurde, wie die hier seit kurzem erscheinende „Ostd. Tageszt." berichtet, die beiderseitig eingelegte **Berufung verworfen.** Bekanntlich hatte das Schöffengericht den Herrn Bürgermeister wegen Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe und gleichzeitig auf erhobene Widerklage den Herrn Hofrichter zu 50 Mk. verurtheilt.

W. **Elbing,** 14. Jan. Die **Sterblichkeit** war im vorigen Jahre in unserer Stadt eine recht große. Es gelangten auf dem hiesigen Standesamte im Jahre 1900 zur Anmeldung 1665 Sterbefälle (1899: 1312).

Dramburg, 13. Jan. Die Gesellschafterin der Familie des Fabrikbesitzers Nerius las im Bette und schlief darüber vermuthlich ein. Plötzlich ertönten gellende Hilferufe, und herbeieilende Hausgenossen fanden das Zimmer des Fräuleins in hellen Flammen stehen. Die Lampe lag zertrümmert am Boden. Das Feuer wurde schnell gelöscht; das junge Mädchen aber hat so schwere **Brandwunden** erhalten, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt.

Schippenbeil, 14. Januar. In dem benachbarten Dorfe **Langendorf** ereignete sich am Sonnabend durch **die traurige Spielerei mit Schußwaffen** wieder ein entsetzlicher Unglücksfall. In der Abendstunde kam das Dienstmädchen des Abbaubesitzers Langanke nach der Stadt, um sich Pantoffeln zu holen. Auf dem Rückwege sprach es bei dem Dienstmädchen des Besitzers Spandöck an. Während die beiden Mädchen sich in der Küche unterhalten, nimmt der Knecht des Sp., welcher auch zugegen war, das Gewehr seines Herrn von der Wand und experimentirt damit. Im Scherz sagt er zu dem Mädchen des Langanke: „Ich schieße dich todt", legt an, und indem die Angeredete sich zur Erde bückt, knallt es; der Schuß war ihr in eine Schläfe hinein und durch die andere herausgegangen. Besitzer Sp., der sich in dem Wohnzimmer aufhielt und nichts gutes ahnend auf den Knall hin in die Küche läuft, findet das junge Mädchen leblos im Blute liegend an der Erde. Die herbeigerufenen Aerzte konnten nur den sofort eingetretenen Tod feststellen.

S. u. H. **Schneidemühl,** 13. Jan. **[Antisemitischer Parteitag.]** Ein antisemitischer Parteitag für Westpreußen, Pommern und Posen tagte gestern und heute unter dem Vorsitze des Fleischermeisters **Hoffmann**-Schneidemühl, eines Bruders des bekannten Konitzer Schlächtermeisters Hoffmann, im hiesigen „Höcherlbräu", um über eine Neuorganisation der durch die Spaltung der antisemitischen Partei auf dem Magdeburger Parteitag zerstörten hiesigen Partei zu beschließen. Dem Parteitage ging am Sonnabend Abend eine von etwa 900 Personen besuchte Volksversammlung vorauf, in welcher der antisemitische Reichstagsabgeordnete **Bindewald** über „Heimathspolitik und Weltpolitik" und der Verleger der „Staatsb.-Ztg." **Bruhn** über „Das Treiben der Juden in Westpreußen, Pommern und Posen" und über die Frage: **„Warum sind die Mörder des Gymnasiasten Ernst Winter in Konitz unter den Juden zu suchen?"** sprach. Der erste Redner suchte namentlich die lebhafte Parteinahme der Antisemiten für die Boeren zu begründen und polemisirte dann gegen die Conservativen, die in der „Judenfrage pflaumenweich" seien, und die Freisinnigen als „Judenschutztruppe". Herr Bruhn versicherte auch hier, wie er in seiner „Staatsbürger-Zeitung" schon oft gethan, „es sei unstreitig, daß Juden die Mörder des Ernst Winter seien". Als Beweis dient ihm der bekannte Masloff-Prozeß, mit dem er zu beweisen sucht, daß als Thäter resp. Mitwisser nach wie vor Lewy, Meyer, Eisenstädt und ausländische Juden in Betracht kämen.

Der heutige **Parteitag** tagte unter dem Vorsitze des Herrn Bruhn und war neben etwa 50 Delegirten auch von dem Vertrauensmanne des **Bundes der Landwirthe** besucht. Der Parteitag beschloß die Gründung eines „Antisemitischen Volksbundes" mit dem Sitze in Berlin. Bei der Vorstandswahl ergab sich übrigens, daß der Konitzer Schlächtermeister Hoffmann sieben Brüder in den verschiedensten preußischen Provinzen besitzt, die sämmtlich Schlächtermeister und Antisemiten sind. An den Kaiser und den Partei-

vorsitzenden, Zimmermann, wurden Begrüßungstelegramme abgesandt.

Vermischtes.

□ **Petersburg, 11. Jan. Seestürme und gewaltige Unwetter** haben im südlichen Rußland, besonders in den Häfen des Schwarzen und Asow'schen Meeres, dann aber auch strichweise am Kaspischen Meere gewaltige Schäden angerichtet. Im Odessaer Hafen wurde das Kriegsschiff „Sinaeus" losgerissen und trieb eine Zeit lang steuerlos auf dem Wasser hin und her, wobei es zahlreiche andere Fahrzeuge ernstlich gefährdete. Das Handelsschiff „Bertha", das aus Galatz vier Tage vor dem Sturme mit großen Holzladungen im Werthe von 120 000 Rubeln in Odessa gelandet war, büßte ebenfalls die Ankertaue ein und wurde dann auf eine Sandbank geschleudert. In der Nähe der Asow'schen Häfen Mariupol und Taganrog scheiterten eine Reihe Handelsfahrzeuge und verloren zahlreiche Personen ihr Leben. Die Fischerbevölkerung an der Küste sah die ganze Nacht Raketen von den vielen, in Gefahr befindlichen Schiffen aufsteigen und von den nahe am Ufer liegenden Fahrzeugen vernahm man deutlich die Dampfpfeifen. Doch war es, des gewaltigen Sturmes wegen, nicht möglich, Hilfe zu bringen. Der durch die Schiffbrüche im Schwarzen, Asow'schen und Kaspischen Meere angerichtete Schaden beläuft sich auf viele Millionen Rubel. In der Nähe von Novorossick und bei Nicolajew richteten die Stürme auch auf dem Lande gewaltigen Schaden an. Auf der Linie Novorossick-Rostow stockte in Folge von Schneestürmen der Verkehr Tage lang vollständig, ebenso auf der Route Nicolajew-Charkow. Seit einigen Tagen hat übrigens die große Kälte auch in Rußland nachgelassen. Orte, die eine Temperatur von Minus 20 bis 30 Grad hatten, melden jetzt nur eine Kälte von 6—14 Grad.

Standesamt vom 15. Januar.

Geburten: Schuhmachergeselle Albert Lau, T. — Kaufmann Max Friebel, T. — Schlossermeister Conrad Leinbaum, S. — Arbeiter Eduard Brillert, S. — Maurergeselle Johann Krause, S. — Arbeiter Hermann Burandt, T. — Magistratsbote Karl Scheunemann, T. — Former Albert Kutzmann, S. — Arbeiter Emil Krisin, S. — Grundbesitzer Hermann Zeller, S. — Schneidergeselle Peter David Jurkiewicz, T. — Sattler und Tapezier Arthur Krause, S. — Königlicher Schuldirector Jacob Fischer, S. — Unehelich: 2 S., 2 T.

Aufgebote: Maschinist Johann Friedrich Kunikowski und Marie Margarethe Wagner, beide hier. — Schlossergeselle Arthur Franz Hugo Arndt und Maria Ottilie Ludowika Kotarski. — Eigenthümer Gustav Albert Fast und Amalie Elisabeth Strehl. Sämmtlich hier. — Tischler Friedrich Wilhelm Lawetzki hier und Anna Jankowski zu Zoppot-Schmierau. — Krankenpfleger Bernhard Emil Saerger hier und Hedwig Anna Braun zu Zoppot. — Pastor Friedrich Wilhelm Louis Paul Cyrus zu Leba und Anna Clara Elisabeth Hartung, hier.

Heirathen: Fabrikant Hugo Anger und Margarethe Lau. — Kaufmann Franz Wolschon und Gertrud Splöstefer. — Locomotivführer Hermann Lambrecht und Ida Nispel, geb. Pohl. — Kesselschmied Otto Gellich und Anna Draffke. Sämmtliche hier.

Todesfälle: Rentiere Euphrosine Freißmann, 65 J. 7 M. — Bürgermeister-Wittwe Pauline Losse, geb. Mekelburg, 72 J. 3 M. — S. des Schuhmachermeisters Karl Wolff, 1 J. — S. des Arbeiters August Schulz, 7 M. — T. des Arbeiters Adolf Albert Richard Hecht, 3 W. — S. des Arbeiters Carl Draws, 17 Stunden. S. desselben 17 Stunden. — T. des Malers Johann Renkiewicz, 7 W. — Frau Lina Langhals, geb. Schulz, 60 J. 7 M. — T. des Maurergesellen Robert Huse, 4 M. — T. des Arbeiters Albert Tetzlaff, 18 Tage. —

Danziger Börse vom 15. Januar.

Weizen feinste Qualitäten unverändert, andere schwächer, rothe 1 M billiger. Bezahlt wurde für inländischen blauspitzig 774 Gr. 143 M, 766 Gr. 144 M, rothbunt leicht bezogen 777 Gr. 149 M, rothbunt 783 Gr. 151 M, hellbunt 764 Gr. 151½ M, 783 Gr. 152 M, hochbunt 772 Gr. 153 M, weiß 804 Gr. 154 M, fein weiß 777 und 791 Gr. 155 M, roth 761 und 772 Gr. 149 M, 772 Gr. 149½ M, streng roth 766 Gr 150 M, Sommer- 804 Gr. 155 M per Tonne.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländischer 738 Gr. 124 M per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländische große 662 und 680 Gr. 126 M per Tonne. — **Hafer** ohne Handel. — **Pferdebohnen** polnische zum Transit feucht 92 M per Tonne bezahlt. — **Rübsen** russischer zum Transit Sommer- etwas schimmelig mit Geruch 202 M per Tonne gehandelt. — **Kleesaaten** roth 52, 52½, 53, 54, 55, 56 M per 50 Kilogr. bezahlt. — **Weizenkleie** grobe 4,30, 4,40 M, feine 3,87½ M per 50 Kilogr. gehandelt. — **Roggenkleie** 4,47½ M per 50 Kilogr. bezahlt.

Schlachtviehmarkt Danzig.

Auftrieb vom 15. Januar 1900.

Ochsen 46 Stück. 1. Vollfleischige ausgemästete Ochsen höchsten Schlachtwerths bis zu 7 Jahren 30—31 M, 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete Ochsen 27—28 M, 3. mäßig genährte junge, — ältere Ochsen 24—25 M, 4. gering genährte Ochsen jeden Alters 20—22 M.

Kalben und Kühe 82 Stück. 1. Vollfleischige ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerths — M, 2. vollfleischige ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths bis zu 7 Jahren 27—28 M, 3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 24—25 M, 4. mäßig genährte Kühe und Kalben 14—18 M.

Bullen 52 Stück. 1. Vollfleischige ausgemästete Bullen bis zu 5 Jahren 30—31 M, 2. vollfleischige jüngere Bullen 27—28 M, 3. mäßig genährte jüngere und ältere Bullen 24—25 M, 4. gering genährte jüngere und ältere Bullen 20—22 M.

Kälber 110 Stück. 1. feinste Mastkälber (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber 44—46 M, 2. mittlere Mastkälber und Saugkälber 40—43 M, 3. geringe Saugkälber und ältere gering genährte Kälber (Fresser) 36—38 M.

Schafe 140 Stück. 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel 24—26 M, 2. ältere Masthammel 22—23 M, 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 18—24 M.

Schweine 879 Stück. 1. Vollfleischige Schweine der feineren Racen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 40—42 M, (Käser) — M, 2. fleischige Schweine 37—39 M, 3. gering entwickelte Schweine sowie Sauen (Eber nicht aufgetrieben) 34—36 M, 4. ausländische Schweine (unter Angabe der Herkunft) — M.

Die Preise verstehen sich für 50 Kilo Lebendgewicht.

Verlauf und Tendenz des Marktes.

Rinder: Das Geschäft war schleppend.
Kälber: Das Geschäft war glatt.
Schafe: Das Geschäft war mittelmäßig.
Schweine: Mittelmäßiges Geschäft, der Markt wurde geräumt.

Die Preisnotirungs-Commission.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 14. Januar. Wind: W.
Angekommen: Blonde (SD.), Lintner, London, Güter. — Adlershorst (SD.), Andreis, Stettin, Güter.
Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Danzig, Frauengasse Nr. 30, belegene, im Grundbuche von Danzig, Frauengasse Blatt 38, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen der Maler **Paul** und **Franziska** geb. **Grabowski-Fleischmann**'schen Eheleute eingetragene Hausgrundstück 1 a 42 qm Grundfläche und 1623 M Nutzungswerth Art. 2006 Nr. 1297 des Steuerbuchs

am 15. März 1901, Vormittags 10½ Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — Pfefferstadt, Zimmer Nr. 42, versteigert werden.

Aus dem Grundbuche nicht ersichtliche Rechte sind spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. (758

Danzig, den 9. Januar 1901.

Königliches Amtsgericht. Abthl. 11.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Baumeisters **Arthur Haagen** zu Danzig ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 31. Januar 1901, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgericht in Danzig, Pfefferstadt, Zimmer 42, anberaumt. (757

Danzig, den 9. Januar 1901.

Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts. Abthl. 11.

Verdingung von 8000 kg Graphit, 5370 kg Stearinlichten, 161000 kg Schmierseife, 28600 kg weiße Seife, 159400 kg kalzinirte Soda, 113900 kg Stärkegummi (Dextrin), 252000 Schachteln Streichhölzer und 8000 Büchsen Putzcrem für die Königl. Eisenbahn-Direktionen Berlin, Bromberg, Danzig, Halle a./S., Königsberg i./Pr., Magdeburg und Stettin. **Angebote** sind portofrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift bis zum 30. Januar 1901, Vormittags 11 Uhr, an das **Rechnungsbureau in Berlin W.**, Schöneberger Ufer 1—4, einzureichen.

Angebotbogen und Bedingungen können im **Centralbureau** daselbst, Zimmer 420, eingesehen, auch von dort gegen **post- und bestellgeldfreie Einsendung** von 0,50 M baar (nicht in Briefmarken) bezogen werden. Zuschlagsfrist bis 28. Februar 1901. Berlin, 10. Januar 1901. Königl. Eisenbahn-Direktion. R 71/3 s/I.

In dem Concursverfahren über das Vermögen der Frau **Selma Tayler** aus Zoppot ist in Folge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche Vergleichstermin auf

den 4. Februar 1901, Vormittags 9½ Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 2, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei, Zimmer 1, zur Einsicht der Betheiligten niedergelegt.

Zoppot, den 11. Januar 1901. (760

Königliches Amtsgericht.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Baugewerksmeisters **Felix Dost** in Zoppot ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 4. Februar 1901, Vormittags 9 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst, Zimmer 2, anberaumt.

Zoppot, den 11. Januar 1901. (7[illegible]

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 17 die Firma „**Rudolf Radzom, Neustadt Westpr.**" und als deren Inhaber Kaufmann **Rudolf Radzom** hierselbst eingetragen.

Neustadt Westpr., 12. Januar 1901. (771

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Jubiläumsfeier des zweihundertjährigen Bestehens des Königreichs Preußen bleiben

am Freitag, den 18. Januar cr.,

die Bureaus der städtischen Verwaltung sowie die Kämmereikasse geschlossen.

Danzig, den 14. Januar 1901. (773

Der Magistrat.

Delbrück. Trampe.

Holzverkauf

aus dem Forstrevier **Sulmin**.

Dienstag, den 22. Januar 1901, Nachmittags von 3 Uhr ab, in

Karczemken, Gasthaus de Beer.

Es kommen zum Angebot Abtheilung Eichwäldchen, 10 Minuten von der Chaussee:

Eichen	und	Buchen	Nutzhölzer	ca.	80,00 fm.
„	„	„	Schichtnutzholz u. Kloben	ca.	150 rm.
„	„	„	Knüppel II. Cl.	„	80 „
„	„	„	Stockholz	„	54 „
„	„	„	Reisig III. Cl.	„	300 „

Sulmin, den 12. Januar 1901. (728

Die Forstverwaltung.

Altstädtischer Bürgerverein.

Generalversammlung

Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8¼ Uhr,

Tischlergasse Nr. 49,

Restaurant **Wiechmann.**

Tagesordnung: 1) Aufnahme neuer Mitglieder. 2) Bericht über die städtischen Wahlen. 3) Vorstandswahlen. 4) Stiftungsfest.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet ein **Der Vorstand.**

Stadt-Theater.

Mittwoch, Nachmittags 3½—6 Uhr. Bei ermäßigten Preisen.

Frau Holle

und

Goldmarie und Pechmarie.

Weihnachtsmärchen in 5 Bildern von Marie Günther.

Abends 7½—10 Uhr. Abonnements-Vorst. P. P. B.

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Aus Anlaß der am 18. cr. stattfindenden

Nationalfeier

bleiben unsere Kassen und Bureaux an diesem Tage geschlossen.

Danziger Privat-Actien-Bank.
Danziger Sparkassen-Actien-Verein.
Meyer & Gelhorn.
Moskauer Internationale Handelsbank, Filiale Danzig.
Norddeutsche Creditanstalt.
Ostdeutsche Bank Act.-Ges. vorm. J. Simon Wwe. & Söhne.
Ernst Poschmann. (782
Westpreussische Landschaftliche Darlehnskasse.